

Auf Rosa kommt Roth

Monika Roth ist Nachfolgerin von Enrico Rosa in der Aufsicht der Staatsanwaltschaft

Von Daniel Wahl

Binningen/Liestal. Sobald es darum geht, der Öffentlichkeit Wirtschaftsdelikte zu erklären, kommen die nationalen Medien um Richterin Monika Roth nicht herum. Die Vizegerichtspräsidentin am Baselbieter Strafgericht und Professorin an der Uni Luzern ist die Expertin schlechthin. Vor allem wenn es um Finanzmarktrecht und Compliance – das juristische Spannungsfeld zwischen Geld und Ethik – in einem Unternehmen geht.

Die 67-Jährige ist nicht zuletzt darum ein Liebling der Medien, weil sie deutliche Worte nicht scheut. Als es um den Korruptionsskandal bei der Rüstungsfirma Ruag ging, sagte sie mit ihrer hellen Stimme und im besten Baseldeutsch: «Jeder Schuhladen ist besser organisiert.» Beim Postauto-Skandal forderte sie den Rücktritt von Susanne Ruoff, nachdem öffentlich wurde, dass die Postchefin längst mehr vom Skandal wusste, als sie zugab. Roth legte mit einem träfen Satz zum Vorgehen der Post nach: «Es ist unüblich, dass ein Dieb die Schadenssumme gleich selber bestimmt.»

Kommissionsarbeit aufgenommen

Diese kernige Richterin, die als Expertin am Fernsehen unter anderem in den Sendungen «Arena» und «Eco» mit ihrem Haarband zu einem Markenzeichen geworden ist, beaufsichtigt künftig die Baselbieter Staatsanwaltschaft – im Dreier-Team mit dem Berner Fürsprecher Rolf Grädel sowie Dora Weissberg, frühere leitende Staatsanwältin des Kantons Basel-Stadt. Monika Roth ersetzt direkt den Kantonsrichter Enrico Rosa, der sich lieber in ein katholisches Grab gelegt hätte, als je ein Sterbenswörtchen über das Schaffen in jener Aufsicht verlauten zu lassen, die es mit der Staatsanwaltschaft so schwer hatte, dass sie sich mit Eklat aufgelöst hat. Ob die neu zusammengesetzte Kommission entspannter arbeiten kann, wird die Zukunft weisen.

Die Kommission habe sich zu einer ersten Sitzung zusammengefunden, sagt Roth. Es sei darum gegangen, die Rolle der Fachkommission zu definieren. Auch hat man mit dem «Auftraggeber», der Baselbieter Justizdirektion, Tuchfühlung genommen.

Mit der Frage «Haben Sie Angst vor Hunden?», empfängt Monika Roth die *BaZ* in ihrer Kanzlei, die im Binninger Wohnquartier an der Gartenstrasse auch mit dem Namen «Roth the Matchmakers» (Heiratsvermittler) firmiert. Es ist ein Hinweis auf Dienstleistungen wie Mediation und Unternehmensberatung, die man in der Kanzlei auch



Markenzeichen Haarband. Monika Roth gibt im Studio des Schweizer Fernsehens als Wirtschaftsexpertin Auskunft. Foto SRF

anbietet, welche dereinst leicht zur kleinen Altersresidenz für das Ehepaar Roth umfunktioniert werden kann. Vorderhand hat aber dort die Richterin zusammen mit ihrem Mann, Mediator und Jurist Rolf Roth, das Büro. Der Hund der beiden Tierliebhaber ist ein friedliches Wesen. Es gibt Kaffee.

Roth ist in einfachen, nicht-akademischen Verhältnissen aufgewachsen. Die Eltern hatten in Basel einen Quartierladen an der Ecke Rufacherstrasse/Strassburgerallee. Als der Denner kam, musste ihr Vater, gelernter Metzger, das Geschäft aufgeben und sattelte auf Lastwagenchauffeur um. Die junge Monika finanzierte ihr Studium selber, indem sie

«Ich habe einen hohen Preis bezahlt; ich verlor alle meine Bank-Mandate.»

Monika Roth

nebenbei arbeitete. Und als solche Kämpferin hat sie sich hochgearbeitet: 1978 Gerichtsschreiberin am Zivilgericht in Basel, dann mit Anwaltspatent juristische Sekretärin der Schweizerischen Bankiervereinigung.

1993 wurde sie Vizedirektorin des Schweizerischen Bankvereins und kam im gleichen Jahr ans Steuergericht im Baselbiet. 2000 wurde sie von der FDP zur Richterin am Strafgericht vorgeschlagen – ein Amt, das sie «wirklich

sehr gerne» wahrnehme. Es folgten Engagements in Verwaltungsräten wie der Stiftung Ethos sowie Mandate für Banken.

Eines dürfte ihr in die Wiege gelegt worden sein: das Streben nach Gerechtigkeit. «Ich wollte schon als Kind Anwältin werden», sagt sie. Vermutlich hätten sie die Väter ihrer Freundinnen beeinflusst, sagt sie. Und dann auch die Lehrerin Dora Allgöwer, Ehefrau des verstorbenen Basler Nationalrats Walther Allgöwer (LDU). Es war Allgöwers «Selbstverständnis der Emanzipation», die dazu geführt haben dürfte, dass sich Monika Roth als Frau im Haifischbecken der Finanzbranche bewegen konnte und dabei unabhängig geblieben ist. Frauenquote in Verwaltungsräten oder in der Politik? – Sie sei lange Zeit dafür gewesen, heute nicht mehr. Irgendwie ist es auch kein Thema mehr.

Heute datiert sie ihr Wissen aus der Wirtschaftswelt auf, liest täglich *BaZ*, *Tagi*, *NZZ*, die *Frankfurter* und die *Handelszeitung*. Am Wochenende auch *Die Welt* und die *Süddeutsche*. Seine Frau sei sehr neugierig, das müsse unbedingt gesagt werden, und sie könne lesen, indem sie über den Text fliege wie ein Scanner, bemerkt Rolf Roth, bevor er das Büro verlässt und sich von ihr mit einem Kuss verabschiedet.

Zusammen waren sie eben aus Namibia (Afrika) zurückgekehrt, das sie nach rund 20 Reisen fast so gut wie ihre Hosentaschen kennen. «Das Land

ist politisch stabil, man kann es einfach geniessen – und erst die Tiere», schwärmt Monika Roth, die in ihren Ferien keine E-Mails liest. Sie ist also nicht nur Arbeitstier, sondern kann abschalten und sich abgrenzen. «Das habe ich auch als Mediatorin gelernt. Ich lasse die Probleme im Büro oder im Gerichtssaal zurück.»

Heldin ohne Medaille

Wie unabhängig ist die Mediatorin mit ihren vielen Mandaten geblieben? «Ich habe viele Spiele nicht mitgemacht», sagt sie und wird nachdenklich. Zum Beispiel, als sie ihr nationales Gewicht als Expertin, Kolumnistin (in der *Luzerner Zeitung*) und als Juristin dafür einsetzte, dass Retrozessionen in der Bankenwelt nicht an den Vermögensverwalter, sondern an den Bankkunden zurückgegeben werden. Das Bundesgericht hat entsprechend entschieden. Es gibt den Schweizern viele Milliarden Franken zurück. «Aber ich habe einen hohen Preis dafür bezahlt, ich verlor alle meine Bank-Mandate», sagt sie.

Es ist wohl diese Unerschrockenheit und diese Unabhängigkeit, die dazu geführt haben, dass Monika Roth für die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft angefragt wurde. «Gesucht habe ich dieses Amt nicht», sagt sie. Ebenso wenig wie sie die Medienauftritte suche. Man muss sie bitten.

Und schon ruft der nächste Termin. Der Sender CNN hat angeklopft.

Einsprachefrist ist angelaufen

Asylzentrum Feldreben soll zwei Jahre länger offen sein

Liestal. Das Bauinspektorat des Kantons Basel-Landschaft hat die Verlängerung der Nutzungsbewilligung für das Asylregistrierungszentrum des Bundes auf dem Areal Feldreben in MuttENZ im Amtsblatt publiziert. Nun läuft die zehntägige Einsprachefrist. Die beantragte Verlängerung soll ab dem 1. Januar 2019 für maximal zwei Jahre, also bis zum 31. Dezember 2020, gelten.

Zwischen der Standortgemeinde MuttENZ, dem Kanton Basel-Landschaft und dem Bund besteht grundsätzlich Einigkeit über die Weiterführung der Anlage im bisherigen Rahmen. Der Betrieb des Bundesasylzentrums Feldreben verlaufe ohne Probleme, schreibt die Finanz- und Kirchendirektion in einer Mitteilung. Zurzeit seien im Asylzentrum Feldreben rund 110 Asylsuchende untergebracht.

Für den weiteren Betrieb würden am Gebäude keine baulichen Veränderungen vorgenommen, heisst es weiter in der Mitteilung. Die bestehenden Pläne seien immer noch gültig und die mit der Bewilligung verbundenen Auflagen seien alle erfüllt und bereits abgenommen worden. Das bestehende Betriebs- und Sicherheitskonzept hat sich bewährt und soll weitergeführt werden. pdm

Nachrichten

Daniel Appenzeller wird seit Samstag vermisst



MuttENZ. Vermisst wird seit dem letzten Samstag, etwa um 14.00 Uhr, in MuttENZ: der 46-jährige Daniel Appenzeller. Er ist zirka 170 cm gross, hat eine mittlere

Statur, braune, mittellange Haare (Bürstenschnitt) und trägt einen Kinnbart. Daniel Appenzeller spricht Schweizer Mundart (Baselbieter-Dialekt). Der Vermisste habe am Samstag seinen Wohnort in MuttENZ verlassen und sei seither unauffindbar, schreibt die Polizei. Personen, die Angaben über den Verbleib des Vermissten machen können, werden gebeten, sich mit der Polizei in Liestal in Verbindung zu setzen (Telefon 061 553 35 35).

Mehr Veloparkplätze beim MuttENZer Bahnhof

MuttENZ. In einer Petition wird verlangt, dass das Angebot für Veloabstellplätze am Bahnhof SBB in MuttENZ verbessert wird. Der Gemeinderat müsse dafür sorgen, «dass die heute ungenügende Anzahl von etwa 160 Plätzen auf mindestens 240 Abstellplätze erhöht wird», heisst es in der Petition. Dabei sei darauf zu achten, dass die Abstellplätze bedienungsfreundlich seien. Mögliche Lösungsansätze seien der Bau einer unterirdischen Veloeinstellhalle oder die Bereitstellung von zusätzlichen oberirdischen Flächen zulasten einiger Autoabstellplätze, die heute auf der kantonseigenen Parzelle 9062 liegen und vorwiegend als Park+Ride-Parkplätze genutzt würden.

Glückwünsche

Goldene Hochzeit

Pratteln. Wir gratulieren den Eheleuten **Elsbeth** und **Hans-Jürg Buss Stohler** zu ihrem 50. Hochzeitstag und wünschen ihnen alles Gute für das neue gemeinsame Ehejahr.

90. Geburtstag

Oberwil. Am heutigen Tag feiert **Rudolf Brodmann-Mikes** seinen hohen Geburtstag. Die *BaZ* gratuliert an dieser Stelle herzlich und wünscht dem Jubilar ein schönes Fest im Kreise seiner Liebsten. gratulationen@baz.ch

Alternative zu Bürgerlichen

Die Grüne Partei Rheinfelden will konstruktiv politisieren

Rheinfelden. Eine konstruktive Alternative zur Bürgerlichen Mehrheit. Das wollen die Frauen und Männer sein, die sich am Dienstag zur Grünen Partei Rheinfelden zusammengeschlossen haben. An der Gründungsversammlung waren zwölf Personen zugegen, ein Drittel von ihnen liess sich in den Vorstand wählen: Das Präsidium übernimmt Kathrin Frey, Barbara Martens führt das Protokoll, Marianne Usteri die Kasse und Barbara Pfäffli wurde zur Beisitzerin bestimmt.

Für die Präsidentin fehlt es im derzeit bürgerlich dominierten Rheinfelden an einer zukunftsgerichteten Kraft, die für alle da sei, besonders in Themen wie bezahlbarer Wohnraum, Gemeindegewohl und der Erhalt der Grünflächen. Wobei Letzteres das Hauptmotiv hinter der Parteigründung sein dürfte. Naturfreunde hatten sich erfolgreich gegen die Pläne der Stadtregierung gewehrt, im Jungwald Wäberhölzli eine Deponie anzulegen. Ungeachtet dessen hat der Gemeinderat erneut Pläne entwickelt, Einkünfte für die Stadtkasse aus einer neuen Kiesgrube und einem Kieswerk höher zu gewichten als der Erhalt eines Naherholungsgebiets. ch

Der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Ein Podium streitet über unsere elektrifizierte Zukunft auf der Strasse

Von Daniel Aenishänslin

Binningen. «Mobilität ist die Knacknuss par excellence», brachte es Peter de Haan auf den Punkt. Der Leiter des Geschäftsbereichs Ressourcen, Energie und Klima von «Ernst Basler und Partner» begab sich in seinem Referat auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Heute noch eine Utopie. Geladen hatte die Arbeitsgemeinschaft Energie Binningen (AEB) zum Energie Apéro in den Kronenmattsaal, an dem der Binninger Energiepreis verliehen wird. Ein prominent besetztes Podium widmete sich der Mobilität der Zukunft. «Wir Schweizer legen 45 Prozent unserer Reisekilometer im Ausland zurück», nannte de Haan Zahlen, «60 Prozent unserer Autos gehören zu einem Mehrauto-Haushalt, wir fliegen zweimal so viel wie die Leute in den Nachbarländern.»

«Der Autoverkehr muss Feldern lassen – und zwar massiv», lautete die klare Ansage von Stephanie Fuchs, der Geschäftsführerin der VCS-Sektion bei der Basel. Sie lasse keine Gelegenheit aus, ihren Standpunkt zu vertreten, auch nur 30 Personen. «Niemand wollte mit mir über das Fahrrad reden», bemängelte sie, «wichtig ist, dass wir nicht der Idee aufsitzen, E-Mobilität

könne unsere Probleme lösen.» Darin waren sich alle einig: Mit der E-Mobilität sei weder die Platzkonkurrenz noch die Konkurrenz darum, wer Zugriff auf die erneuerbaren Energien erhalte, vom Tisch. Fuchs forderte, den Verkehr stark zu regulieren.

Gegen die Freiheit des Einzelnen

Das gefiel BLT-Direktor Andreas Büttiker wenig, denn der Ansatz richte sich gegen die Freiheit des Einzelnen. Er sei jedoch nicht gekommen, um sich mit Stephanie Fuchs zu duellieren, sagte Büttiker am Apéro. «Wichtiger als das Podium ist mir, hinterher mit den Leuten aus dem Publikum in Kontakt zu treten.» Mobilität bewege die Leute. Der Digitalisierung wegen erwarte er gewaltige Veränderungen. «Wir sind ein Service-public-Unternehmen, da ist mir das Feedback aus der Bevölkerung wichtig», sagte der Büttiker weiter. «Gerade jene, die heute hier sind, hinterfragen ihren eigenen Lebensstil.»

Nathalie Blumenau, die Verkaufsleiterin von Alpiq E-Mobility, sagte: «Man kann auch heute noch an der E-Mobilität vorbeileben, darum ist es wichtig, über sie zu reden.» Aufklärungsarbeit müsse geleistet werden. Wer über E-Mobilität nachdenke, dem

werde bewusst, was Stromkonsum bedeute. Etwa, dass ein Elektroauto so viel Energie wie ein kleiner Haushalt verbrauche. Relationen würden klar. «Wir stehen an einem Wendepunkt», sagte Blumenau, «E-Mobilität fördert auch neue Technologien – Stichwort Speichertechnik.»

Gastgeber Michael Tobler von der AEB bemerkte, der Anlass diene dazu, aktuelle Themen in der Gemeinde zu diskutieren. Die Besucher und die Presse dienten dabei als Multiplikator. «Damit man in Binningen nicht schläft.»

Referent Peter de Haan, der auch an der ETH Zürich doziert, machte ideelle Beweggründe für seine Anwesenheit geltend, allerdings keine politischen. Er arbeite gleichzeitig für Autoschweiz und den WWF. Aufzeigen wolle er, nicht überzeugen. Angenehm aufgefallen sei ihm, es seien nicht die Wutbürger, die zum Podium gekommen seien. Letztlich müssten die Menschen selbst entscheiden, wie sie die Energiewende umsetzen wollten. «Technisch ist die Energiewende bereits heute möglich», so Peter de Haan, «alles ist erreichbar.»

Der Binninger Energiepreis ging an Daniel Winter. Er ersetzte seine Ölheizung durch eine Erdwärmepumpe und Photovoltaik.